

Die NATO-Osterweiterung Ein Weg zum dauerhaften Frieden?

Autor(en): **Spanik, Stefan W.D.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **163 (1997)**

Heft 9

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-64739>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die NATO-Osterweiterung

Ein Weg zum dauerhaften Frieden?

Stefan W. D. Spanik

Nach den zwei politischen Hauptereignissen des Jahres 1997, dem am 18. Juni abgeschlossenen EU-Vertrag von Amsterdam und dem G-7-Wirtschaftsgipfel von Denver (USA) vom 20. bis 22. Juni, erfolgte am 8./9. Juli in Madrid die für Amerikas und Europas Zukunft bedeutendste Entscheidung über die weitere Aufnahme von neuen osteuropäischen Ländern in die NATO. G.



Stefan W. D. Spanik,
Dr. phil.,
Mozartstrasse 4,
69254 Malsch / Heidelberg,
Bundesrepublik Deutschland.

Russlands Führungselite wurde durch eine diplomatisch gekonnte sozialintegrative Umarmung in den Verhandlungen davor von den Zivilgesellschaften sukzessive eingeschlossen, in geostrategischer Hinsicht jedoch aussen vorgelassen. Ganz im Sinne der bedeutendsten NATO-Mächte wurden die drei mittelosteuropäischen Länder Polen, Tschechien und Ungarn zum Beitritt in die Nordatlantische Gemeinschaft eingeladen, die dann wohl zum 50. Geburtstag der NATO im April 1999 erfolgen kann. Rumänien, Slowenien und die baltischen Staaten verbleiben vorläufig noch im Wartestand. Gerade die Erwähnung der baltischen Staaten als weitere potentielle NATO-Anwärter im Madrider Schlussprotokoll hat den russischen Präsidenten Boris Jelzin gegenüber dem bei ihm am 12. Juli zu Besuch weilenden finnischen Regierungschef zu heftigen Auslassungen über die jetzt festgeschriebene Osterweiterung veranlasst. Gleichzeitig mit dem Beschluss zur Osterweiterung des atlantischen Bündnisses stand die Unterzeichnung einer «Charta zwischen der Ukraine und der NATO» am letzten Tag der Gipfelkonferenz auf der Tagesordnung. Damit sollten die besonderen Beziehungen des atlantischen Bündnisses zu Kiew unterstrichen werden. Über diese Entscheidungen hinaus wird in allernächster Zeit die NATO mit Russland ein «Abkommen über besondere Beziehungen» zur Nordatlantischen Gemeinschaft schliessen. Sicher ist jedoch schon heute, dass allein wegen der Grösse Russlands besondere Kooperations- und Konsultationsabkommen geschlossen werden müssen, die weit über die bereits bestehenden «Peacekeeping-Vereinbarungen», wie sie etwa in Bosnien angewendet werden, hinausgehen. Ohne Frage ist es zukünftig wichtig, russische Verbindungsoffiziere auf höchster Kommandoebene des NATO-Hauptquartiers anzusiedeln. Vielleicht könnte man eine Art russisches «Joint-Information-Office» im ehemaligen «Berlin-Bau» des NATO-Hauptquartiers einrichten, das gleichfalls als eine Art zukünftiges «Barometer der sicher-

heitspolitischen Wetterlage» für die gerade begonnene «Post-Could-War Era» funktionieren könnte. Wieweit in Zukunft auch ein gemeinsamer Informationsstab, ein russisches NATO-Korps oder nur eine russische NATO-Brigade aufgestellt werden könnte, wird sich jetzt nach der gerade vollzogenen Öffnung der NATO nach Osten erst richtig zeigen. Definitiv sicherte Frau M. Albright den Russen lediglich zu «that they would have a voice, but not a vote» in NATO-Angelegenheiten. Ein wichtiges, aber auch deutliches Versprechen, wie wir meinen.

Wem dient die NATO-Öffnung?

Der stellvertretende amerikanische Aussenminister Strobe Talbott erklärte kurz vor dem NATO-Gipfel von Madrid, die NATO-Erweiterung sei als ur-eigener Bestandteil der NATO-Mission selbst zu verstehen, die auch nach dem Ende des Kalten Krieges für eine sicherheitspolitische Kontinuität in Europa Sorge tragen muss. Damit ist sie gezwungen, ihre Türen den neuen mittelosteuropäischen Demokratien zur Sicherung und Stabilisierung ihrer wiedergewonnenen Souveränität zu öffnen. Die jüngst entstandenen Demokratien haben sich um die Beendigung des «Kalten Krieges» verdient gemacht und sollten in ihrem Wunsch nach Eintritt in die Atlantische Allianz unterstützt werden. Durch die NATO-Öffnung soll wohl für Gesamteuropa mehr Sicherheit und Stabilität erreicht werden. Die sich aus dem Sowjetsystem herausgewundenen Länder können sich durch die Hinwendung zur demokratischen Ordnung, liberal-ökonomischen Wirtschaftsstrukturen und den Werten einer modernen Zivilgesellschaft besser in ein friedlich-prosperierendes Westeuropa integrieren als ungebundene Einzelstaaten. Die Prämisse «demokratischer Strukturen» für die neue NATO kann natürlich keine Bedrohung für Russland bedeuten, dies vor allen Dingen solange nicht, wie sich Russlands Reformerselbst der Demokratisierung ihres Landes verpflichtet fühlen. Was für eine Rolle, im Falle einer anderen Option Russlands, die NATO spielen könnte, ist mittelfristig nicht zu beantworten. In der post-sowjetischen Ära muss Russland sich vorrangig innenpolitisch und wirtschaftlich stabilisieren, es muss eine neue Identität ohne Weltmachtsambitionen aufbauen und ein zivilgesellschaftliches Ordnungsgefüge entwickeln. Dies erst erlaubt es dem Lande, auch in Zukunft in «Partnerschaft für den Frieden» mit der NATO zu leben.



**Kanzler Kohl und
Präsident Clinton
am Madrider
NATO-Gipfel.**
(Foto: NATO)

Jonathan Eyal vom Royal United Service Institut in London geht noch einen Schritt weiter, wenn er feststellt: «Die NATO-Erweiterung ist im eigenen Interesse Moskaus.»¹⁾ Gäbe es nämlich die NATO nicht mehr, würden über kurz oder lang wieder die alten bi- und multinationalen Sicherheitsstrukturen entstehen, wie sie schon zu Bismarcks Zeiten bestanden hatten. Deutschland würde zwangsläufig eine bedeutende machtpolitische Rolle in Mitteleuropa übernehmen, obwohl, streng genommen, die Deutschen im Rahmen der NATO in moderner Form und in Konkordanz mit Frankreich sowieso die stärkste Machtkonfiguration innerhalb der europäischen NATO-Länder darstellen.

USA und die NATO-Erweiterung

Wie sehr auch die zweite Garnitur der Clinton-Administration die Zeichen der Zeit gut verstanden hat und für eine Osterweiterung der NATO eintritt, gibt es quer durch die beiden grossen amerikanischen Parteien namhafte Stimmen dagegen.

In einer öffentlichen Absichtserklärung hatten 50 bedeutende amerikanische Persönlichkeiten, darunter der ehemalige Verteidigungsminister Robert S. McNamara, Paul Nitze und Jack Matlock, Präsident Clinton aufgefordert, auf die geplante Osterweiterung der NATO zu verzichten. Ihrer Meinung nach trüge nämlich eine Erweiterung «nicht zur Erhöhung der Sicherheit in Europa bei». Den Grund sehen diese Kritiker darin, dass Russland heute weder für seine ehemaligen Verbündeten im Warschauer Pakt noch für die Westeuropäer eine Gefahr darstelle.

Ist diese Haltung nicht zu kurzfristig, zu sehr innenpolitisch-egoistisch? Kann die Clinton-Administration ohne

globalen Machtverlust, ohne die Rolle als «Weltmacht Nummer Eins» aufzugeben, auf die Öffnung der NATO verzichten? Unseres Erachtens nimmt Amerika unaufgefordert – und gerade deshalb so wirkungsvoll – die Wünsche seiner westeuropäischen Allianzpartner in diesem Zusammenhang sehr ernst. Wollte es diese Öffnung nicht, so könnte die maritime Weltmacht USA auf lange Sicht ihre bisherigen Verbündeten in der Europa-Allianz abschreiben. Amerika verlöre unweigerlich seine atlantische Gegenküste. Die Vereinigten Staaten würden aber noch mehr als die deutschen Wünsche die osteuropäischen Hoffnungen und Visionen von einer besseren Welt zerstören. Washington würde letztlich auch als «continental-based-superpower», ganz in der Tradition englischer Weltmacht, auf seinen Einfluss über den eurasischen Kontinent, ja letztlich auf alle anderen grossen Kontinente der Welt ohne Not kleinkariertem innenpolitischen «Hill-Billy-Denken» opfern.

NATO-Reaktionen auf die Erweiterung

Die politisch Verantwortlichen in den USA haben Polen, Tschechien und Ungarn in Madrid zum Eintritt in die NATO im Jahre 1999 eingeladen. Diese Offerte der NATO-Staaten wurde am 8./9. Juli von den Anwärterländern mit Genugtuung aufgenommen. Inzwischen, so meinen es jedenfalls die Amerikaner, könnten und sollten die Europäer diesen Ländern erst einmal über den Eintritt in die Europäische Union den Weg zur Prosperität und Demokratie zeigen. Was Frankreichs Sonderwünsche nach der Übernahme eines NATO-Oberkommandos, etwa für den östlichen Mittelmeerraum und die Levante, betrifft, so können sich die Amerikaner bis heute nicht vorstellen, dass im Frieden, geschweige denn im Krieg,

amerikanische Soldaten unter Umständen auch einmal einem französischen Oberkommando gehorchen sollten. Ein bisher ungelöstes Problem.

Die Kosten der NATO-Erweiterung

Wenn man von einer gemeinsamen Verteidigungsinitiative der neuen NATO-Länder ausgeht und bedenkt, dass zum Zwecke der einzelstaatlichen Modernisierung ihrer Streitkräfte sowieso viel Geld notwendig geworden wäre, so kann man sich leicht vorstellen, dass eine Modernisierung durch gemeinschaftliche Integration in bereits bestehende NATO-Strukturen, waffentechnische Normierung, aufgabenteilige Dislozierung, gemeinsame operative Schulung und Aufbau einer umfassenden Infrastruktur, langfristig eher Einsparungen im Militäretat zu erwarten sind als eine Erhöhung der Rüstungsausgaben. Eine «Verschlankung» von Armeen im High-Tech-Zeitalter ist nicht zum Nulltarif zu bekommen, sie wird aber von ihrer Effizienz her – bei entsprechender Organisationsentwicklung und Kooperation mit der zivilen Wirtschaft, Arbeitsteilung mit der Industrie und Forschung den Etat für Rüstungsausgaben der NATO-Länder insgesamt senken. Das weite Feld der Umsetzung von Forschungsergebnissen in die zivile und militärische Praxis wird durch Vermeidung von unnötiger Mehrfachforschungsarbeit der gesamten Allianz dienen. Natürlich bleibt es den Experten der Verteidigungsgemeinschaft vorbehalten, entsprechende Zahlen zu nennen, die der Laie nur schwerlich eruieren kann. Die bisher genannten Kosten für die bevorstehende NATO-Erweiterung schwanken zwischen nur 2 Milliarden – gemäss US-Verteidigungsministerium – und 35 Milliarden US-Dollars für alle NATO-Länder (laut RAND-Corporation) für die nächste Dekade. Es ist aber äusserst problematisch, zwischen diesen extrem auseinanderliegenden Kostenschätzungen ein nachvollziehbares gemeinschaftliches Vielfaches zu erkennen. Trotzdem gehen wir davon aus, dass alle NATO-Länder für den Gewinn an Sicherheit, bei entsprechender zeitgemässer Organisations- und Infrastrukturgestaltung, zukünftig erhebliche Kosten einsparen werden. Finanzmittel, die indirekt auch den neutralen Ländern in Europa durch einen europäisch-atlantischen Sicherheitsverbund zugute kommen werden.

¹⁾ Institut News vom 5. und 15. April 1997. London, May 1997, S. 26. ■